

Weder Meer noch See

Anrainer einigen sich über rechtlichen Status des Kaspischen Meeres. Westen muss draußen bleiben. **Von Reinhard Lauterbach**

Die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres haben eine Vereinbarung über den rechtlichen Status dieses größten Binnengewässers der Welt abgeschlossen. Das Dokument wurde am Sonntag im kasachischen Aktau von den Präsidenten Aserbaidschans, Irans, Kasachstans, Russlands und Turkmenistans unterzeichnet. Damit ist ein Streit beigelegt, der sich seit über 20 Jahren hinzog und eine Folge des Zerfalls der Sowjetunion war. Vor 1991 war das Kaspische Meer nur zwischen der UdSSR und Iran aufgeteilt gewesen; nachdem vier neue Staaten hinzugekommen waren, wurde die Sache komplizierter.

Die erste Frage lautete: Soll das Kaspische Meer als Meer oder als See bezeichnet werden? Vor 1991 galt es als See, was in der Praxis bedeutete, dass die Ressourcen im Verhältnis der Küstentlänge aufgeteilt wurden. Faktisch betrieb der Iran damals nur Fischfang, die industrielle Nutzung etwa durch Rohstoffförderung entfiel ausschließlich auf die Sowjetunion. Jetzt wurde eine »Weder-Fisch-noch-Fleisch«-Lösung gefunden: Die Wasserfläche und die Fischbestände bleiben – mit Ausnahme der Küstengewässer – der gemeinsamen Nutzung aller Anrainerstaaten vorbehalten. Der Meeresboden und der Kontinentalschelf werden dagegen nach einem im internationalen Seerecht vorgegebenen Prinzip in nationale Sektoren aufgeteilt, indem der Verlauf der Landgrenzen der Anrainer ins Meer hinein verlängert wird, bis der jeweilige Sektor in der Mitte des Meeres auf den des gegenüberliegenden Nachbarn trifft. Großer Verlierer dieser Lösung ist der Iran; auf ihn entfallen nur 14 Prozent des Meeresbodens.

Gleichzeitig ist das Kaspische Meer aber in der Konvention rechtlich ausdrücklich nicht als Meer im Sinne des internationalen Seerechts definiert. Denn wäre es das, müsste der internationale Teil des Gewässers folglich auch sämtlichen Drittstaaten geöffnet werden. Dies aber wird in der Konvention

der Anlieger ausdrücklich ausgeschlossen. Das gilt sowohl für die ökonomische Nutzung als auch für die militärische Sicherheit. So wird die Präsenz von Militärbasen von Nicht-Anliegerstaaten des Kaspischen Meeres durch die Konvention ausdrücklich untersagt. Hierauf hatten vor allem Russland und der Iran gedrängt. Da die maritime Aufrüstung seitens aller Anliegerstaaten auf die Bedürfnisse der »vernünftigen Sicherheit« beschränkt wird, bedeutet diese Klausel, dass das bestehende Übergewicht der russischen Kaspischen Flottille vorerst aufrechterhalten bleibt. Selbst wenn etwa Aserbaidschan der NATO beitreten würde – was die USA unter George W. Bush eine Zeitlang anstreben und was einer der wenig bekannten Hintergründe für die militärische Intervention Russlands in Georgien 2008 war – würde somit die Konvention einer eventuellen Aufrüstung Aserbaidschans zu Wasser enge Grenzen setzen. Unabhängig vom Abschluss der Konvention beabsichtigt Russland übrigens, den Heimathafen seiner Kaspi-Flottille von Astrachan im Wolga-Delta einige hundert Kilometer weiter südlich nach Kaspijsk in Dagestan zu verlegen. Die entsprechende Basis soll 2020 vollständig betriebsbereit sein. Das Argument für die Verlegung ist ausdrücklich die schnellere Auslaufmöglichkeit der Schiffe.

Auf der ökonomischen Seite hat Russland seinen expliziten Widerstand gegen den Bau von Unterwasserpipelines für Gas und Öl im Kaspischen Meer aufgegeben. Diese Position war offensichtlich gegen die Interessen von Kasachstan und Turkmenistan nicht mehr aufrechtzuerhalten. Allerdings besitzt Russland nach wie vor einen Hebel, um solche Projekte wenigstens zu bremsen: Alle beteiligten Staaten müssen solchen Projekten im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen ihren Segen geben. Einzelstaatliche oder außerregionale Gefälligkeitsgutachten (etwa auf Bestellung potentieller Investoren) werden ausdrücklich als »nicht ausreichend« bezeichnet.

Der Bau von Öl- und Gaspipelines durch das Kaspische Meer war in den 1990er Jahren von Seiten der USA und der EU stark gefördert worden. Man erhoffte sich einen von Russland unabhängigen Zugriff auf die Ressourcen der Region. Inzwischen ist es um die Projekte still geworden; der lange ungeklärte rechtliche Status des Kaspischen Meeres hat westliche Investoren einen nach dem anderen zum Rückzug bewegt. Derzeit sind keine solchen Projekte im Gang. Nach Einschätzung von Vertretern der russischen Gaswirtschaft droht Russland kurzfristig von dieser Seite keine Konkurrenz für seine Marktposition in Europa. Denn inzwischen habe Turkmenistan, der Hauptkandidat für solche zusätzlichen Gaslieferungen, seine über den Eigenbedarf hinausgehende Gasproduktion praktisch vollständig an China verkauft. Schon die aktuellen Lieferverpflichtungen habe das Land zuletzt nicht erfüllen können. Ergänzend vereinbarten Russland und Turkmenistan, dass der Export turkmenischen Gases über russische Pipelines und sein Reexport durch Gasprom wieder aufgenommen werden. Am Rande des kaspischen Gipfels in Aktau vereinbarten Russland und der Iran außerdem eine Reihe bilateraler Kooperationen trotz der angedrohten US-Sanktionen.

Wissen, was draußen passiert.

Bitte spenden Sie die »junge Welt« für Gefangene zum Preis von 28,60 € monatlich, 164,70 € für ein Halbjahres- oder 326,00 € für ein Jahresabo oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »junge Welt« www.freibabos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.

Foto: © luxphoto/stock.adobe.com

Dubiose Ausgaben

Abrechnungen des Mautbetreibers Toll Collect werfen weitere Fragen auf. Grünen-Verkehrspolitiker: Mautsystem verstaatlichen

Nach strittigen Abrechnungen des privatwirtschaftlichen Lkw-Mautbetreibers Toll Collect will die Grünen-Bundestagsfraktion eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses beantragen. Diese soll Anfang September stattfinden. Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer sagte gegenüber *dpa*, Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) werde die Frage beantworten müssen, warum die Bundesregierung nichts gegen »Maut-Betrügereien« von Toll Collect unternommen habe: »Wie schon beim Abgasskandal erleben wir, dass ein CSU-Verkehrsminister nicht bereit ist, Unternehmen für ihr Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen.«

Toll Collect hatte dem Staat laut Medienberichten strittige Ausgaben für Marketing in Rechnung gestellt – der Bund hat sie nach eigenen Angaben aber nicht bezahlt. Wie verschiedene Medien berichtet hatten, handelte es sich etwa um Sponsoring für eine Oldtimerrallye, einen Aufenthalt der Toll-Collect-Chefs

in einem Hotel sowie die Unterstützung eines Kinderheims. All das sei jeweils als »Marketingkosten« für die Maut abgerechnet worden, was aber der vertraglichen Regelung mit dem Bund widerspreche.

Das Verkehrsministerium hatte am Donnerstag mitgeteilt, das Prüfungssystem des Bundes habe zu 100 Prozent funktioniert: »Strittige Ausgaben im Marketingbereich, die Toll Collect zur Abrechnung vorgelegt hat, wurden vom dafür zuständigen Bundesamt für Güterverkehr geprüft, abgelehnt und nicht bezahlt.« Das Ministerium wies außerdem Vorwürfe zurück, man habe staatsanwaltschaftliche Ermittlungen beeinflussen wollen.

Die Firma hatte ihrerseits allgemein auf den Betreibervertrag verwiesen. Aufwendungen, die dort nicht beschrieben und geregelt seien, »wurden und werden durch den Auftraggeber nicht vergütet«. Das Gemeinschaftsunternehmen von Daimler, Telekom und des französischen Autobahnbetreibers Co-

firoute betreibt das seit 2005 laufende Lkw-Mautsystem in Deutschland. Die auf den Autobahnen eingeführte Gebühr gilt seit 1. Juli auch auf allen Bundesstraßen.

Der laufende Betreibervertrag des Bundes mit Toll Collect endet am 31. August. Dann sollen die Anteile für sechs Monate an den Bund gehen. Noch in diesem Jahr soll ein neuer Betreiber den Zuschlag bekommen, der vom 1. März 2019 an den Mautbetrieb übernimmt.

Der Grünen-Verkehrspolitiker Stephan Kühn forderte die Verstaatlichung des Lkw-Mautsystems. Die Vergabe müsse gestoppt werden, sagte er am Montag dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: »Die Erhebung der Lkw-Maut darf nicht erneut an private Konsortien vergeben werden, die sich dann mit öffentlich finanzierter Infrastruktur die Taschen füllen.« Ein juristisches Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zeige, dass ein Abbruch des laufenden Vergabeverfahrens rechtlich möglich ist. (dpa/jw)

Besuchen Sie das **junge Welt-Zelt** auf dem **UZ-Pressesfest** 7. bis 9.9.2018, Revierpark Wischlingen, Dortmund



Programm im **junge Welt-Zelt**

Freitag, 7. September 2018

17.00 Uhr | **Eröffnung der Lenin-Bar im **junge Welt-Zelt****

17.30 Uhr | Diskussion

Tageszeitung **junge Welt: »Bedeutendstes und auflagenstärkstes Medium im Linksextremismus« oder »NATO-Brückenkopf« ?**

Mit Stefan Huth (*jw*-Chefredaktion), Dietmar Koschmieder (Geschäftsführung), Moderation: Andreas Hüllinghorst (Verlagsleitung)

18.30 Uhr | Buchvorstellung

»Aufmarschgebiet Baltikum« (Phalanx Verlag, 2018)

Autor Uwe Markus im Gespräch mit Stefan Huth (*jw*-Chefredaktion)

20.00 Uhr | Musikalisch-dokumentarisches Programm

»Hier ist die Erde bitter«

Das Trio Quijote über die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland 1941–1945

22.00 Uhr | Konzert | **The Pokes Unplugged**

Samstag, 8. September 2018

ab 9.00 Uhr | **Bemme-Frühstück**

11.00 Uhr | Buchvorstellung

»Peter Hacks. Leben und Werk« (Eulenspiegel Verlag, 2018)

Autor Ronald Weber (*jw*-Redakteur Thema) im Gespräch mit Daniel Bratanovic (Ressortleiter *jw*-Thema)

13.00 Uhr | Buchvorstellung

»Der allgegenwärtige Antisemit oder Die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit« (Westend Verlag 2018)

Die Gastautorin Susann Witt-Stahl präsentiert Moshe Zuckermans neues Buch. Mit Esther Bejarano und Rolf Becker

14.30 Uhr | Podiumsgespräch

Gegenkultur: Künstler für eine Ästhetik wider den Zeitgeist

Mit: Diego Castro, Frontmann der Band Black Heino; Robert Newald, Fotograf und Filmproduzent; Nirit Sommerfeld, Sängerin des Orchesters Shlomo Geistreich; Anja Panse, Schauspielerin und Regisseurin; Moderation: Susann Witt-Stahl, Chefredakteurin *M&R*

15.30 Uhr | *M&R*-Konzert

Black Heino solo (Berliner Garagenrock-Combo Black Heino)

Nirit Sommerfeld & Orchester Shlomo Geistreich (Klezmer, israelische Volksmusik)

19.30 Uhr (Achtung! Wir beginnen pünktlich!) | Theater

Dortmund-Premiere des Theaterstücks »ROSA – Trotz alledem«

22.00 Uhr | Konzert

Cressy Jaw (Crossover-Trio -Unplugged)

Sonntag, 9. September 2018

Ab 9.00 Uhr | **Bemme-Frühstück**

11.00 Uhr | Diskussion

Strategien der Konterrevolution in Lateinamerika

Mit André Scheer (Ressortleiter *jw*-Außenpolitik)

12.00 Uhr | Konzert und Lesung

En memoria: Salvador Allende – 45. Todestag

Mit Nicolás Miquea und Rolf Becker

14.00 Uhr | Podiumsgespräch

Diktatur und Widerstand in der Türkei

Mit Nick Brauns (Journalist), Moderation: Sebastian Carlens (*jw*-Redaktion)

15.30 Uhr | **Kehraus in der Lenin-Bar**

Ausführliches Programm unter jungewelt.de/pressesfest

ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN